INHALT

Hermann Kohl: Gesteine und Landformen als Marksteine aus der Erdgeschichte des Innviertels 129


Peter Weichhart: Naturraumbevölkerung und Siedlungsentwicklung. Das räumliche Wachstum ausgewählter Siedlungen des politischen Bezirkes Braunau am Inn im Vergleich mit dem Naturraumpotential ihrer Standorte 171

Wolfgang Kern: Mundering am Koberauerwald. Ein fremdenverkehrsgeographischer Beitrag 209

Harry Slapnicka: Wie nach 114 Jahren die „Innviertler Schulen“ beglichen wurden 216

Hans Rodhammer: Die Pröpste des ehemaligen Augustiner-Chorherrenstiftes Suben 224

Hans Hollerweger: Die Widerstände gegen die gottesdienstlichen Verordnungen Josephs II. in Schärding im Jahre 1790 249

Manfred Brandl: Anton Link (1773–1833) — Stadtfeharr von Braunau am Inn 262

Rudolf Walter Litschel: Johann Philipp Palm — Märtyrer, Nationalheld oder Opfer seiner selbst? 273

Helmut Zöpf: Theater im Innviertel 280

Dietmar Aßmann: Das Innviertel als Krippenlandschaft 295

Eugenie Hanreich: Bemalte Bauernhäuser im Innviertel 305

Anton Bauer: Der Innviertler Landler 311

Franz Dickinger: Georg Wieninger und seine Vorfahren. Eine Innviertler Familie als Pioniere der Erwachsenenbildung 329

Die Bildungszentren des Innviertels (Katharina Dobler) 336

Alois Beham — Maler „zwischen den Zeiten“ (Aldemar Schiffkorn) 338

Kursdokumentationen: Arbeit in Holz 339

Das „Hohenzeller Muster“ in der Bauernmöbelmalerei. 2. Nachtrag (Cölestin Hehenwarter) 340

Univ.-Prof. Dr. Hans Kinzl — 80 Jahre 341

Prof. Dr. Katharina Dobler — 60 Jahre 342
Wie nach 114 Jahren die „Innviertler Schulden“ beglichen wurden

Von Harry Slapnicka


In einem außerordentlich gründlichen Bericht des obderösterreichischen Landesausschusses an das hohe k.k. Finanzministerium aus dem Jahre 1886 wurde einleitend festgestellt, daß die Städte Braunau, Ried und Schärding, der Markt Mattighofen, dazu verschiedene Stiftungen, Corporatio nen und Private im Innviertel Forderungen, die sogenannten „Innviertler Schulden“, hätten, die mehr als ein Jahrhundert „und zum theil zwei Jahrhunderte“ hinaus „vollständig zu Recht bestehen“.

Es handelte sich dabei vorwiegend um Darlehen und „Anleihen“, die von den bayrischen Kurfürsten während des Zeitraumes von 1620 bis 1740 „theils zur Kriegsführung und zur Landesverteidigung, theils zum Landesbesten, theils zur Regulierung des Schuldwesens, sohin nur zu Staatszwecken aufgenommen und worüber Schuldurkunden von den damaligen Fürsten oder der Landesvertretung Bayerns ausgestellt worden waren“.


1 OÖ. Sten. Prot. 8. 2. 1894, S. 342.
5 OÖ. Sten. Prot. 21. 11. 1887, S. 539 ff.
Gläubiger selbst für die aufgenommenen Darlehen natürlich die gesamten Zinsen zu zahlen hatten. Allein für die Stadt Schärding machte dies für die dreißig Jahre bis 1779 27.000 fl aus.


Josef hatte auch Schärding sich keines glücklichen Zustandes zu erfreuen. Es wurde immer als feindlich gesinnte Stadt behandelt."

Interventionen bei Reichskanzler Fürst Metternich führten zwar zum Hofkanzleireskript vom 27. September 1829, nach dem die Landesregierung und das k. k. Pflegericht angewiesen wurden, die finanzielle Lage der Stadt Schärding zu erheben und einen Sanierungsplan vorzulegen. Diese Vorschläge bestanden im wesentlichen nur darin, die Steuerbemessungen durch 20 Jahre um das Doppelte anzuheben und die Umlagen danach zu bemessen. Diese einseitige, nur für Schärding vorgesehene Steuererhöhung war untragbar und die ganze Angelegenheit ruhte bis 1832.


Der auf Grund der kaiserlichen Entscheidung „in Bewegung gesetzte Liquidierungsapparat“ erfüllte die Hoffnungen der Inviertler Staatsgläubiger nur in geringem Maße. Von einer von der oberösterreichischen Landesregierung auf 800.000 fl R. W. geschätzten Schuld wurden nur 18.708 fl 20 kr C. M. nebst Zinsen „auf das k. k. Ärar übernommen“.


1) Aus gegenseitigen Forderungen ein Guthaben des Landes
   87.130 fl C. M.
2) Invasionskosten-Forderungen des Landes
   762.574 fl ö. W.
3) Invasionskosten-Forderungen der Städte und Märkte
   196.520 fl ö. W.
4) Invasionskosten-Forderungen der übrigen Contribuenten
   2.756.132 fl ö. W.
5) Etappenforderungen von fünf Städten
   11.969 fl ö. W.
6) Spitalsforderungen des Invalidenfonds und der Stadt Steyr
   4.599 fl ö. W.
7) Inviertler Schuldenforderungen mit einer Kapitalsforderung von
   800.000 fl R. W.

Der staatliche Ärar stellte Gegenforderungen und behauptete seinerseits, ein Guthaben an das Land in der Höhe von 915.180 fl zu haben. Völ-

Bezüglich der Innviertler Schulden forderte das Finanzministerium, diese seien „gegen Vergütung von nicht nach einem Drittheile der Verzinsung durch den Staat als Landesschuld“ zu übernehmen.


Bezüglich der Innviertler Schulden erklärte das Finanzministerium, sie sei eine Domesticalschuld geworden, „zumal ja auch die Gefälle des Innviertels den Ständen zugeflossen sind“. Dem widersprach Oberösterreich ganz energisch: „(ab 1816) bezogen die oberösterreichischen Stände keine Gefälle und Einkünfte, das Innviertel war für Oberösterreich ein passiver Zuwachs... Zum allerunterthändigsten Vortrag des Herrn Finanzministers vom 17. November 1818 wird ausdrücklich bemerkt, daß alle Landeseinkünfte in das Camerale einfliessen“. Übrigens sei es auch merkwürdig, daß man, gewiß mit Unterbrechungen, seit 1779 über diese Innviertler Schulden verhandele, aber erst 1863 „die theilweise Zuziehung des Landes in das Auge gefaßt habe“.

Abschließende Formulierungen im Bericht des Landesausschusses fanden übrigens sofort eine Zusammensetzung im Innviertel:

„Wenn der Innviertler Gläubiger mit seiner Forderung in der alten Heimat nur verschlossene Thüren und keinen Richter findet und sich von da vertrauensvoll und bittend an die Regierung seiner neuen Heimat wendet, so kann diese seine Forderungen nicht mehr allein vom Standpunkt des strengen Rechtes, sie muß das Gesetz der Billigkeit im weiten Sinne wahren lassen, soll nicht das Recht zum schweren Unrecht werden. Der Innviertler hat sich dem österreichischen Staatskörper vollständig assimiliert, er ist eines der treuesten und loyalsten österreichischen Staatsbürger geworden und er hat dies oft und am deutlichsten durch die am 13. und 14. Mai 1879 begangene schöne Festfeier der hundertjährigen Vereinigung des Innviertels mit Österreich gezeigt."

Es fehlten in diesem Jahr 1887 allerdings auch nicht bittere Worte, so wenn der Rieder Abgeordnete Krätzl im Landtag erklärte: „So sind die Städte des Innviertels stets, um mich dieses Ausdruckes zu bedienen, zwischen zwei Stühlen sitzen geblieben.“

Immerhin spürt man jetzt, daß das Eis zu schmelzen begann, und daß man sich einer Lösung näherte.

Im Bericht des Finanzausschusses des Landtages von 1886 heißt es deshalb auch, „es sei der Erwartung Ausdruck zu geben, daß von seiten der hohen Regierung den gerechten, auf das Mindest-Maß herabgedrücken Ansprüchen des Landes ob der Enns, sowie der zahlreichen Gemeinden, Privaten, insbesondere des Innviertels, worunter die Ansprüche der Stadt Schärding wegen der hiebei obwaltenden eigenthümlichen Verhältnisse einer besonderen Würdigung emp-

---

* ÖÖ. Sten. Prot. 21. 11. 1887, S. 542.
fohlen werden, die wenigstens gleiche Würdigung zuteil werde, wie sie den Kronländern Steiermark und Salzburg bezüglich ihrer Forde-
run gen zuerkannt worden ist7."

Dieser versöhnliche Ton war auch in der näch-
sten, der vierten Session der VII. Landtags-
Periode zu spüren. Der Landtag dankte dem 
Finanzministerium für das mit Schreiben vom 11. November 1887 Z. 5127/F. M. ausgedrückte 
,,bereitwillige Entgegenkommen“ weiterzuver-
handeln, auch wurde „das Vertrauen ausgespro-
chen, daß das hohe Finanzministerium durch ein 
conciliantes Eingehen in die gerechten, nur zu 
langen schon hinausgeschobenen Forderungen des 
Landes die Verhandlungen in einer den huldvol-
sten Intentionen der allerhöchsten Entschließung 
vom 15. September 1887 entsprechenden Weise 
zum Abschluß bringen werde8."

1888 versteifte sich wieder die Haltung von 
Land und Finanzministerium, nachdem der Kom-
promißvorschlag des Landes Oberösterreich 
,,vom Standpunkte des allerhöchsten k. k. Arars 
as unannahmbar bezeichnet wurde9." Ober-
österreich hatte vorgeschlagen, auf die „gegensei-
tigen Forderungen“ zu verzichten, doch solle der 
Arar dem Lande Oberösterreich für die Kosten 
der französischen Invasion 150.000 fl und den 
Städten bzw. Märkten Braumau, Schärding, Enns, 
Freistadt, Gmunden, Linz, Steyr, Wels, Perg und 
Weyer eine Barsumme von 50.000 fl leisten. 
Be-
züglich der „Inviertler Schuld“, die nach sorg-
fältiger Erhebung 525.000 fl ausmachte, war fol-
gende komplizierte Lösung vorgesehen:

„Das k. k. Arar verpflichtet sich, von den sogenann-
ten Inviertler Schuldforderungen, deren Rechtsbestand sich 
nachweisen läßt, die Hälfte mit Ausschluß der Zinsen-
schuld, und wenn hiedurch die Leistung des Arar die 
Summe von 400.000 fl überschreitet sollte, die auf diese 
Summe entfallende Anheilquoten unter der Bedingung 
der Verzichtleistung der Inviertler Gläubiger, welche 
diesen Vergleich annehmen, auf weitere, aus dem In-
vierter Forderungen an Bayern abgeleiteten Ansprüche 
an den österreichischen Staat oder an das Land Öster-
reich ob der Enns als Staatschuld zu übernehmen.”

Klang der Bericht des Finanzausschusses noch 
eher sachlich-küh, so war die Diskussion im 
Landtag neuerlich emotionsgeladen. „Es ist kein 
Zweifel“ — erklärte der Abgeordnete Kyrl — 
„daß das Land Oberösterreich um das Resultat 
der definitiven Verhandlungen, die in Aussicht 

stehen, nicht zu beneiden sein wird, denn aus 
altdem wird nur eines hervorgehen, nämlich 
daß die Staatsverwaltung in dieser verwinkelten 
Angelegenheit, in welcher sie schon manches 
Unrecht gethan hat, ein neues Unrecht hinzuzu-
fügen im Begriffe ist; das Unrecht, daß an Stelle 
des schuldigen Staates das Land die Schulden zu 
übernehmen verpflichtet wird, und daß es den 
Gläubigern, den Bewohnern des Landes, erlaubt 
werden wird, diese Schulden aus eigenem Säckel 
zur berichten.“ — „Wenn nun das Land Ober-
österreich“, so erklärte Kyrl abrückend, „wel-
ches gewiß in dieser kritischen Zeit ebenso kai-
sertreu und reichstreu gewesen ist, als die übri-
gen Kronländer, wenn dieses Kronland, welches 
unter allen Ländern ansässig mehr durch den 
Krieg gelitten hat, demütig bittend an die hohe 
Regierung herantritt, sie möge endlich dem 
Lande entgegenkommen, damit die Sache zur 
Austragung gebracht werde, und wenn dann die 
Antwort des Finanz-Ministeriums dahin lautet, 
daß diese Ansinnen ein unstathhaftes sei, so er-
laube ich mir die Frage, ob eine solche Antwort 
mit der wohlwollenden Intention in Einklang 
steht, für die man glaubte, sich schon im voraus 
bedanken zu müssen.“

Immerhin billigt der Landtag noch den Zusatz-
antrag des Abgeordneten Prechtl: „... Der Lan-
desausschuß werde ferner beauftragt, mit den 
Gläubigern in Verhandlungen zu treten, inwie-
ferne selbe geneigt wären, zu einer eventuellen 
Austragung dieser Angelegenheit beizutra-
gen10.”

Der Landtag der nachfolgenden sechsten Session 
von 1889 befaßte sich neuerlich mit den In-
vierter Schulden. Die Diskussion war die bisher 
längste und das war nicht unverständlich, denn 
erstmals gab es keine Einstimmigkeit. Die ande-
ren oberöstreichischen Abgeordneten waren

7 Beilage Nr. 120 zum sten. Landtags-Sitzungs-Proto-
kolle 1886, gezeichnet von E. Dierzer als Obmanns-
stellvertreter und dem Abg. Hayden als Bericht-
ersteller.
9 Beilage Nr. 92 zum sten. Landtags-Sitzungs-Proto-
kolle 1888; Bericht des Finanzausschusses, gezeichnet 
von Obmann-Stellvertreter Dierzer und Bericht-
ersteller Hayden.
10 OD. Sten. Prot. 8. 10. 1888, S. 231.
anderer Meinung als die Innviertler, und diese waren untereinander nicht einig\textsuperscript{11}. Ausgangspunkt war der neuerliche Bericht des Landtags-Finanzausschusses und der vom Finanzausschuß vorgeschlagene Antrag\textsuperscript{12}. Die schon bisher tonangebenden Innviertler Landtagsabgeordneten Prechtl und Kyrl — insgesamt wurde das Innviertel durch sechs Vertreter der Landgemeinden und drei Vertreter der Industrialorte vertreten — verfolgten im Gegensatz zum Finanzausschuß die Meinung, die Situation sei vor allem deshalb günstiger geworden, weil einerseits die Invasion-, Etappen- und Spitalsforderungen von den Innviertler Schulden getrennt wurden; vor allem aber deshalb, weil die Regierung die bisherige Ansicht, das Land Oberösterreich müsse zur Schuldtilgung in gleicher Weise beitragen wie das Finanzministerium, aufgegeben habe und nach numehriger Ansicht das Land „auch teilweise beizutragen habe“. Erschwert wurde die Situation allerdings durch die Tatsache, daß die Gläubiger der Innviertler Schuld, also die Gemeinden, Klöster, Kirchen, Pfarrpfänden und Armenstiftungen den vom Landesausschuß erbetenen Revers, auf die Hälfte der Guthaben zu verzichten, unterschrieben und überwiegend eingesandt haben. Lediglich die kirchlichen Gläubiger haben sich um eine Genehmigung an das Bischöfliche Ordinariat gewandt, worauf das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht mit Erlaß vom 19. Juni 1889 eröffnet habe, daß sich eine „solche Erklärung nicht zur Genehmigung eigne“. Trotzdem hoffte man, auch ohne diesen Revers kirchlicher Stellen zu einem Kompromiß zu gelangen.


Dieses am 24. Juli 1890 geschlossene Abkommen, das noch der österreichische Landtag und der Reichsrat zu billigten hatten, war nun für Oberösterreich eine bittere Angelegenheit, und der Bericht des Finanzausschusses des Landtages konnte in weiten Passagen nichts anderes tun, als die Rechtsmeinung des Finanzministeriums wiederzugeben.

Einmal verzichten der k. k. Ärar und das Land Oberösterreich auf alle gegenseitig vorgebrachten Forderungen aus der Zeit der ständischen Verfassung.

Dann hatte das Land Oberösterreich alle erhobenen Entschädigungsansprüche, die unter dem Titel „Invasionskosten“ der Kriegsjahre 1800/1801, 1805, 1809/1810 lieben, zurückzuziehen.

\textsuperscript{11} OÖ. Sten. Prot. 16. 11. 1889, S. 420—430.
\textsuperscript{12} Belläge Nr. 117 zum sten. Landtags-Sitzungs-Protokolle 1889.
\textsuperscript{13} OÖ. Sten. Prot. 28. November 1890, S. 549.
\textsuperscript{14} Belläge Nr. 157 zum sten. Landtags-Sitzungs-Protokolle 1890.
Bezüglich der Salzburg und Steiermark gewährten Kosten wurde ausdrücklich erklärt, daß die mit Salzburg ausgehandelten 100.000 fl ausdrücklich für die Verpflegung österreichischer Truppen in den Jahren 1800–1806 bezahlt wurden. Die mit der Steiermark ausgehandelten 300.000 fl seien eine teilweise Begleichung der seinerzeit in der Steiermark aufgenommenen Zwangsanleihe in Höhe von 9 Millionen B. Z.

Es verblieben also die „sogenannten Inviertler Schuldenerfordernissen an Bayern“, für die der Ärger einen Pauschalbetrag von 260,000 fl „mit Ausschuß jeder eventuellen Erhöhung“ gewährte, also rund die Hälfte des erhebten Betrages.

Von vornherein hatte das Finanzministerium kategorisch erklärt, daß Oberösterreich jede Erörterung der Invasionskosten aufgeben müsse, wenn ein Kompromiß bei den Inviertler Schulden ermöglicht werden solle. Der Staat könne einem Land nicht bewilligen, was es dem anderen verweigere, und Oberösterreich etwas geben, Böhmen und Mähren aber nicht. Ausdrücklich heißt es im Bericht des Finanzausschusses bezüglich der Inviertler Schulden, dem Land wurde ein Staatsbeitrag mit der Hälfte der erhobenen Forderungen zugesichert, jedoch müsse das Land die Befriedigung der Inviertler Gläubiger selbst in die Hand nehmen. Die Verpflichtungen des Staates seien „weder privat-rechtlicher, noch öffentlich-rechtlicher Natur, sie ist nur eine streng moralische Verpflichtung“. „Das Land übernimmt somit gegen die Inviertler Gläubiger weder eine privat-, noch öffentlich-rechtliche Verpflichtung, sondern nur eine moralische Verpflichtung, und hiedurch ist der Weg vorgezeichnet, den das Land zu gehen hat, der Weg der Billigkeit“.14


13 Beilage Nr. 148 zum sten. Landtags-Sitzungs-Protokolle 1891/92.
14 Beilage Nr. 149 zum sten. Landtags-Sitzungs-Protokolle 1891/92.
15 ÖG. Sten. Prot. 28. 4. 1892, 5. 21.
Ruhestand Julius Scheda, dem beamteten Referenten Landesrat Anton Franke und dem Schriftführer Dr. Franz Frisch, konnte in vier Sitzungen zwar das Gesamtproblem erst zu zwei Drittel lösen, immerhin spricht der Bericht abschließend davon, „daß die so viele Decennien anhängig gewesene Angelegenheit der Innviertler Schuldensforderungen an Bayern dem erwünschten baldigen Ende entgegengeführt wird“18.
Mag die Gesamtlösung der finanziellen Flurbereinigung zwischen dem Staat Österreich und dem Erzherzogtum Österreich ob der Enns für Oberösterreich kaum befriedigend gewesen sein, so dürfte die Tatsache, daß ausschließlich die Innviertler Schuldensfrage gelöst wurde — wenn auch nur mit der Hälfte der eigentlichen Summe —, mit dazu beigetragen haben, die Eingliederung des Innviertels in Österreich nicht übermäßig zu erschweren.

18 Beilage Nr. 157 zum sten. Landtags-Sitzungs-Protokolle 1894.